



# Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule  
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | [info@lehrplan-vors-volk.ch](mailto:info@lehrplan-vors-volk.ch) | [www.lehrplan-vors-volk.ch](http://www.lehrplan-vors-volk.ch) | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

## Newsletter vom 21. 5. 2016

### Liebe Verfechterinnen und Verfechter einer guten Volksschule

Gute Schulbildung ist wichtig. Sie ist das Fundament unserer sonst ressourcenarmen Schweiz, unseres Wohlstands und unseres friedlichen Zusammenlebens. Deshalb ist es nur legitim, dass die Bevölkerung, die dieses System trägt, bei diesem Fundament mitreden und mitbestimmen kann. Die Initiative «Lehrplan vors Volk» fordert genau das für den Kanton Zürich. Mehr Mitbestimmung in Schulfragen, mehr Mitbestimmung beim Lehrplan.

Mit diesem Newsletter möchten wir Sie wöchentlich über die aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit dem Lehrplan und den Kanton Zürich betreffende Schulfragen informieren. Wenn Sie Interessenten haben, die ebenfalls den Newsletter erhalten wollen, dann teilen Sie uns diese mit. Selbstverständlich nehmen wir auch Ihre Beiträge und Inputs gerne entgegen.

Auf eine offene und konstruktive Auseinandersetzung zu Gunsten einer guten Schulbildung freuen wir uns!

Im Namen des Komitees «Lehrplan vors Volk»

Anita Borer

---

### Inhalt

Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21.....	1
Die Schweiz darf ihr Bildungssystem nicht zerstören .....	2
Argumente für die Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21 .....	4
Ohne Geld geht nichts .....	6
Volk und Parlament sollen mitreden.....	7
Ein volksnaher Lehrplan ist gefragt .....	8

---

## Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21

### ***Nützen wir die Chance, unsere Vorstellungen von einer guten Schule zu formulieren!***

Erst jetzt, da der Lehrplan konkret umgesetzt werden muss, merken die meisten Lehrpersonen, was da auf sie zukommt. Den komplexen Hintergrund des Lehrplans 21 konnte man bis vor kurzem noch als bedeutungslosen Papiertiger wegschieben und darauf hoffen, dass sich im Schulalltag nicht viel ändern würde. „Es wird alles nicht so heiss gegessen, wie es gekocht wurde“, war bisher der Tenor. Doch diese Aussage ist

verharmlosend.

Ein Kollege meinte dazu bissig: „Eine versalzene Suppe kann nicht mehr gerettet werden.“ Ob die Bildungsdirektion bereit ist, allenfalls aufgrund vieler kritischer Vernehmlassungsantworten nochmals gründlich über die Bücher zu gehen, bleibt eine offene Frage.

Die laufende Vernehmlassung bietet eine gute Chance, die bisher eher oberflächlich verlaufene Diskussion über den Lehrplan gründlicher zu führen. Rückmeldungen von Weiterbildungsveranstaltungen zum Lehrplan zeigen, dass das konkrete Wissen über den Zürcher Lehrplan 21 ausserhalb der mitarbeitenden Lehrplangruppen erschreckend tief ist. Diese Ausgangslage macht Aussenstehende stärker anfällig für unkritische Präsentationen seitens der Lehrplanbefürworter.

Wir hoffen, dass wir mit den Beiträgen die Diskussion um einen besseren Lehrplan anregen können.

**Wir haben vor, in den kommenden Wochen weitere Beiträge im Zusammenhang mit der aktuellen Vernehmlassung zu veröffentlichen und freuen uns über Rückmeldungen und Kommentare aus unserem Leserkreis.**

Redaktionsgruppe Lehrplan vors Volk

---

## Die Schweiz darf ihr Bildungssystem nicht zerstören

Basler Zeitung Samstag, 30. April 2016, Seite 23

Thomas Dähler:

***Lehrplan 21, Kompetenzorientierung, selbstgesteuertes Lernen: Die Kantone sind daran, ihre Schulen grundlegend zu reformieren***

Niemand wird behaupten, das Schweizer Bildungssystem sei nicht Teil der Erfolgsgeschichte Schweiz. Im Gegenteil: Die auf eine solide Allgemeinbildung ausgerichtete Volksschule bereitet heute bestens sowohl für eine akademische Laufbahn als auch für eine auf der Berufslehre aufbauende Karriere vor. Auf das Leben eben. Doch unterdessen hat eine nie gesehene Reformwelle die Schulen in der Schweiz erfasst. Eine, die das Potenzial hat, die erfolgreiche föderalistische Bildungslandschaft in der Schweiz zu zerstören. Die Schweiz setzt mit den vielen Schulreformen ihr hohes Ausbildungsniveau, das auf einer Allgemeinbildung in der Volksschule und auf einem dualen Berufsbildungssystem aufbaut, aufs Spiel –und damit letztlich auch den wirtschaftlichen Wohlstand und den Lebensstandard.

Ob Technokraten oder Experten: Die Garde der Reformier rechtfertigt ihren tief greifenden Umbau der Volksschule heute stets mit der Neuordnung der Bildung in der Bundesverfassung, die das Volk 2006 mit einem Ja-Anteil von 85 Prozent an der Urne angenommen hat. Verankert wurde damals in der Volksabstimmung die Pflicht der Kantone zur Schulharmonisierung «im Bereich des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie der Anerkennung von Abschlüssen», wie es wörtlich in der Verfassung heisst. Schaffen dies die Kantone nicht, hat der Bund die Kompetenz, einzugreifen.

Doch niemand ahnte damals, dass dieser zaghafte Versuch zu mehr Gemeinsamkeiten in den Schulen der einzelnen Kantone dazu missbraucht wird, tief greifenden Reformen den Stempel einer demokratischen Legitimität aufzudrücken. Der Deutschschweizer

Lehrplan 21 ist dabei nur einer der Mosaiksteine der tief greifenden «Reformitis», wenn auch ein bedeutender.

## Die Schule als Unternehmen

Angestossen wurde der Umbau weg von traditionellen humanistischen Bildungsgrundsätzen zu einer utilitaristischen Instrumentalisierung der Ausbildung bereits in den 90er-Jahren, als der Zürcher Erziehungsdirektor Ernst Buschor in seinem Kanton der Schulverwaltung das New Public Management aufdrückte, die Schulen zu Corporate Identities erklärte und dem offenbar nützlicheren Frühenglisch gegenüber der zweiten Landessprache den Vorzug gab. Der Lehrplan 21 atmet diesen damals in Zürich verankerten Geist. Er versteht die Lehrkräfte als Anbieter von Dienstleistungen und die Eltern und Schüler als Kunden – eine Schule, die wie die Wirtschaft Angebot und Nachfrage zur Maxime erhebt.

Im Zentrum des Lehrplans 21 stehen die Kompetenzen und das selbstgesteuerte Lernen. Der Fokus liegt auf Prüfungen und Tests und nicht mehr auf Wissen und Schulstoff. Der früherer SBB-Chef Benedikt Weibel hat die Abkehr von der Maxime «Wissen ist Macht» schon vor einiger Zeit als eine «Bildungspolitik auf Abwegen» kritisiert. Der Lehrplan 21 orientiert sich an Kompetenzen, die über nützliches Wissen und anwendbare Fähigkeiten erworben werden und in einheitlichen Tests prüf- und messbar sind. Auf der Strecke bleibt dabei letztlich der Erziehungsauftrag, den die Schule hat. Prägende Lehrerpersönlichkeiten, die um das Wohl ihrer Schüler besorgt sind und ihre Entwicklung fördern, braucht es dafür keine mehr. Sie mutieren zu Kontrolleuren von Schülern, die ihren Kompetenzenstand selbstständig entwickeln, analysieren und perfektionieren, damit sie auf den Testformularen die richtigen Kreuze anbringen. Doch eine Schule ist kein Unternehmen.

Der Widerstand gegen die Vielzahl von Reformen, welche die Schulen ganz offensichtlich nicht besser machen, wächst. Die Schulharmonisierung gerät damit zum Flop. Dem Harnos-Konkordat sind zahlreiche Kantone gar nicht erst beigetreten. Auch das Sprachenkonzept mit zwei Frühfremdsprachen in der Primarschule bröckelt. Und gegen den Lehrplan 21 sind in zahlreichen der 21 Kantone Volksinitiativen eingereicht worden. Selbst Kantone, die den Lehrplan 21 übernahmen, unterwandern ihn: In Appenzell etwa hat sich die Landsgemeinde hinter den Lehrplan 21 gestellt, nachdem die Regierung erklärt hat, sie werde ihn an die lokalen Bedürfnisse anpassen und auf das selbstgesteuerte Lernen – die sogenannten Lernlandschaften – ganz verzichten. Es ist dies ein Umgang mit dem Lehrplan 21, der ganz und gar nicht im Sinne seiner Erfinder sein dürfte. Glücklicherweise.

## Unklarer Kompetenzbegriff

Bereits die Entstehungsgeschichte des Lehrplans 21 hat Aussenstehende misstrauisch gemacht. Lehrkräften und Journalisten wurde anfänglich der Zugang zu den Inhalten des Lehrplans 21 verweigert. Das Top-down-Projekt sollte offensichtlich ohne kritische Begleitung über die Bühne gehen. Erst bei der Veröffentlichung des Entwurfs konnte Kritik angebracht werden. Das Resultat war eine Vielzahl von Korrekturwünschen bei der Vernehmlassung, die schliesslich zum Flickwerk führte, das die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren verabschiedeten. Dass es sich um ein Flickwerk handelt, sieht man ihm an: Er behandelt die Fächer unterschiedlich. Der Kompetenzbegriff ist unklar. Hinter ihm verbirgt sich eine Mischung aus Wissen, Lernzielen und eigentlichen Kompetenzen.

«Schülerinnen und Schüler können Prozentrechnungen mit dem Rechner ausführen» hat eine völlig andere Dimension als etwa «Schülerinnen und Schüler können Informationen

und Informationsquellen zum Boden als Ressource einordnen, Schlussfolgerungen für eine nachhaltige Nutzung ziehen und diese beurteilen». Während in einzelnen Fächern die Inhalte ziemlich eng gefasst sind, hängen in anderen die Inhalte völlig von der Funktion ab, mit welcher die Kompetenz erworben werden soll. So ist etwa im Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» der Holocaust nur gerade als eines von mehreren Ereignissen im «Zeitalter der Extreme» aufgeführt: «Die Schülerinnen und Schüler können ausgewählte Phänomene der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts analysieren und deren Relevanz für heute erklären», heisst es. Es geht also nicht um die sachliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust, denn das Ereignis ist nur eines von mehreren ausgewählten Phänomenen, mit denen die Kompetenz erworben werden kann, dieses historisch einzuordnen.

Peter Bonati, den ich einst an der Abteilung für das Höhere Lehramt der Universität Bern als Dozenten kennen und schätzen gelernt habe, hält genau dieses Ungleichgewicht zwischen Inhalten und Kompetenzen für die Schwäche des Lehrplans 21. Bonati meint, wer als junger Lehrer wenig Erfahrung habe, werde Mühe damit haben, die Reihenfolge der Unterrichtsinhalte zu finden, die er braucht, um die Kompetenzen zu erreichen.

## Handlanger der Bildungsexperten

Mit dem Lehrplan 21 und den vielen begleitenden Reformen werden damit nicht nur, wie vorgegeben, die Schulsysteme harmonisiert. Vielmehr geht es darum, die Schule zu einer Testfabrik umzugestalten, in der die Lehrkräfte bloss noch kontrollieren, ob die Schülerinnen und Schüler für die vorgegebenen Ziele arbeiten. Von ihrer pädagogischen Funktion werden die Lehrkräfte damit weitgehend entlastet, ebenso vom Auftrag, die Schülerinnen und Schüler zu einem kritischen Denken zu animieren. Sie sollen zu Handlangern der Bildungsexperten werden. Eine demokratische Auseinandersetzung über die Funktionen, welche der Volksschule in unserer Gesellschaft zukommen, ist dabei nicht vorgesehen.

Wären da nicht Initianten, die Unterschriften gesammelt haben, würde die Volksschule gar völlig am Volk vorbei umgestaltet. So weit soll es aber nicht kommen: Das erfolgreiche Schweizer Bildungssystem darf nicht klammheimlich beerdigt werden.

thomas.daehler@baz.ch

---

## Argumente für die Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21

### Welche Änderungen greifen direkt in den Schulalltag ein?

#### *Überladene Lektionentafel für die Mittelstufe*

**Ein randvolles Bildungsprogramm mit 31 Lektionen Unterricht** und erweiterten Zielsetzungen bringt **keine Indexeinträge gefunden**. nötige Hektik in die fünften und sechsten Klassen.

All das sollen Primarschüler zusätzlich lernen: Informatik und Medienkunde, mehr Natur und Technik, mehr Französisch

#### *Sures Festhalten am gescheiterten Fremdsprachenkonzept*

Obwohl wegen der neuen Fächer kein Platz mehr da ist für zwei Fremdsprachen, wird

eisern an der zweiten Fremdsprache festgehalten und diese sogar um eine Wochenlektion aufgestockt.

Die vom LCH geforderten „**besseren Gelingensbedingungen**“ für den Fremdsprachenunterricht (kleinere Lerngruppen) **bleiben schöne Worte**.

Zudem verursacht die Ausbildung der Lehrpersonen für frühes Sprachenlernen unverhältnismässig hohe Kosten.

### *Abbau des Halbklassenunterrichts*

Weniger Unterricht in Halbklassen bedeutet für die heterogenen Primarschulklassen eine **deutliche Verschlechterung der schulischen Rahmenbedingungen**.

Um bei voller Kostenneutralität mehr Fächer unterrichten zu können, wären zusätzliche finanzielle Mittel nötig. Doch diese Möglichkeit ist bei der gegenwärtigen Finanzlage weitgehend Wunschdenken.

Wenn die Lehrerverbände diese politische Tatsache weiterhin negieren, helfen sie mit, dass das Geld für die Bildung am falschen Ort ausgegeben wird.

### *Abbau von Handarbeitslektionen*

Statt die zweite Fremdsprache aus der völlig überladenen Lektionentafel der Mittelstufe herauszunehmen, werden Handarbeitslektionen gestrichen. Diese sollen zum Teil im Ganzklassenunterricht erteilt werden.

Die anstelle der gestrichenen Handarbeitslektionen eingeführten Fächer sind eher kognitiver Natur und machen die Primarschule noch kopflastiger.

**Der Erwartungsdruck auf die Mittelstufe nimmt weiter zu.**

### *36 Wochenlektionen im achten Schuljahr*

Die Lektionentafel der Oberstufe ist unflexibel und teilweise **völlig überladen**.

Es fehlt der Mut für eine entlastende **Mini-Wahlfachlektionentafel** im 8. Schuljahr (z. B. Abwahlmöglichkeit der zweiten Fremdsprache).

Da Französisch in der Primarschule noch stärker gewichtet werden soll, wird der Französischunterricht auf der Oberstufe auf fragwürdige 3 Lektionen reduziert.

Das unnötige Sammelfach NMG (Natur Mensch Gesellschaft) setzt das bisherige Fach Geschichte zeitlich unter erheblichen Druck.

## **Was kommt noch auf unsere Schule zu?**

**Fragen, welche in der Vernehmlassung ausgeklammert werden**

### *Offene Fragen zur Gestaltung der künftigen Zeugnisse*

Wieweit kann ein weiterhin **gut lesbares Zeugnis** den individuellen Lernstand der Schüler in jedem einzelnen Fach genau abbilden?

Die Philosophie des LP21 sieht einen hohen Grad an Individualisierung bei den Lernprozessen vor. Wie dies im Zeugnis abgebildet werden könnte, ist höchst umstritten. Die Diskussion um die Noten zeigt, dass die Vorstellungen der Bildungsplaner bei der Frage der Schülerbeurteilung arg ins Wanken geraten sind.

### *Umstrittener Paradigmenwechsel zu neuen Lernformen*

Das Lehrplankonzept setzt verstärkt auf individuelle Zielsetzungen beim Erwerb der Kompetenzen. Das Erreichen der Kompetenzziele soll bei jedem Schüler in seinem ihm

entsprechenden Lerntempo und in weitgehend vorgegebenen Teilschritten erfolgen. Auf Jahresziele wird verzichtet, was die Heterogenität in den Klassen vergrössert.

Dass der deutlich erhöhte Stellenwert des individualisierenden Lernens langfristig Auswirkungen auf die Schulkultur haben wird, indem bestimmte Lernformen sich geradezu aufdrängen, ist nicht aus der Luft gegriffen.

Der zuerst offen verkündete und dann wieder abgestrittene Paradigmenwechsel bedeutet einen grossen Einschnitt in unsere Volksschule. Für diesen umstrittenen Schritt vom grünen Tisch aus aber fehlt dem neuen Lehrplan die pädagogische und politische Legitimation.

### *Mehr Bildung fürs Geld!*

**Die Kosten** für fragwürdige Reformen wie die Einführung der Sammelfächer oder das Monitoring **können nicht exakt genannt werden.**

Die Entwicklung völlig neuer Lehrmittel für die systemwidrigen Sammelfächer der Oberstufe ist sehr kostspielig. Die Entwicklungskosten werden letztlich die Schulgemeinden bezahlen, welche die Bücher anschaffen müssen.

Mit dem verstärkten Vermessen von Schülerleistungen wird unweigerlich ein **Ausbau des Verwaltungsbereichs (Controlling)** in die Wege geleitet.

Das aufwändige Fremdsprachenkonzept für die Primarschule belastet die Lehrerbildung finanziell und zeitlich in hohem Mass.

Fragwürdig bleiben auch die Kosten für die Einführung der Lehrpersonen in den neuen Lehrplan. Eigentlich müsste ein verständlicher Lehrplan, der ja nur wenig an der Schulführung verändern soll, keine grösseren Einführungskosten verursachen.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

---

## Ohne Geld geht nichts

**Neue Zürcher Zeitung vom 14.05.2016, Seite 22:**

### ***Gewerkschaft verlangt Lehrplan-21-Moratorium***

wbt. - Es tönt paradox: Ausgerechnet die Gewerkschaft VPOD Zürich, eine vehemente Befürworterin des Lehrplans 21, verlangt, dass dessen Einführung vorläufig sistiert wird. Sie tut dies mit einer dem Kantonsrat unterbreiteten Einzelinitiative von Katrin Meier, Präsidentin der VPOD-Sektion Lehrberufe –im Wissen darum, dass die Kompetenz, einen solchen Entscheid zu fällen, allein beim Bildungsrat liegt.

Meier schwebt eine Aufschiebung der Einführung um zwei bis drei Jahre vor, einen fixen Termin sieht ihre Initiative nicht vor. Damit solle sichergestellt werden, dass der Lehrplan 21 in der Schule auch tatsächlich etwas verändern werde, sagt Meier auf Anfrage. Die Sparpläne der Regierung stellten dies zurzeit infrage. So sei nur eine minimale Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte vorgesehen. Die Anpassung der Stundentafel müsse kostenneutral sein, was nur mit weniger Halbklassenunterricht in der Mittelstufe erreicht werde. Zudem erforderten die Schaffung der Infrastruktur und die Weiterbildung der Lehrkräfte für den neuen Medien- und Informatikunterricht Zeit und Ressourcen.

Auch inhaltlich sei der Lehrplan 21 nicht zur Umsetzung bereit. So erfordere der

kompetenzorientierte Unterricht auch eine kompetenzbasierte Beurteilung. Geplant ist aber die Beibehaltung der Notenzeugnisse. Meier hofft, im Kantonsrat auf die nötigen 60 Stimmen für die vorläufige Unterstützung ihrer Initiative zu kommen. Ein gutes Ergebnis wäre nach Meiers Einschätzung ein Zeichen, auf das die Bildungsdirektorin und der Bildungsrat reagieren müssten. Die Gewerkschafterin und Primarlehrerin ist überzeugt, dass eine zeitlich verschobene Einführung ohne Spardruck die Akzeptanz des Lehrplans 21 und der damit verbundenen weiteren grossen Reform in der Volksschule bei den Lehrpersonen wieder erhöhen würde.

Kritiker des Lehrplans 21 verlangen mit einer Volksinitiative, dass dem Kantonsrat und eventuell dem Volk das letzte Wort über die Einführung von Lehrplänen zukommen soll. Der Umsetzungsprozess ist aber im Kanton Zürich schon vor der Lancierung dieser Initiative gestartet worden und geht unabhängig von der Initiative weiter. Nach dem Lehrplan 21 soll gestaffelt ab 2018 unterrichtet werden.

## Volk und Parlament sollen mitreden

### Leserbrief

(Wiler Zeitung vom 20.01.2016)

Die landesweite Kritik am Lehrplan 21 hat nichts mit seiner Seitenzahl zu tun, sondern wendet sich dagegen, dass unsere Volksschule von einer Bildungsstätte zu einem Ort herabgemindert werden soll, wo die Kinder auf sich selbst gestellt Betriebsamkeit produzieren und messbare Testergebnisse liefern sollen, statt von ihren Lehrern den nötigen Grundstock fürs Leben lernen zu dürfen.

Aus rechtlicher Sicht ist folgendes festzuhalten. Erstens sind die Bildungsartikel von 2006 in der Bundesverfassung keine rechtliche Grundlage für den Lehrplan 21, sondern schreiben lediglich die Harmonisierung einiger Eckwerte wie Schuleintrittsalter und Schulpflicht sowie Dauer und Ziele der Bildungsstufen vor. Von einem gemeinsamen Lehrplan war nie die Rede, übrigens auch im HarmoS-Konkordat nicht.

Zweitens ist die Aussage, die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone hätten das Projekt eines gemeinsamen Lehrplans lanciert, nur dann richtig, wenn «die Kantone» auf je eine Person reduziert werden. Das Projekt wurde nämlich nicht öffentlich bekanntgemacht und schon gar nicht mit der Bevölkerung diskutiert, wie es in der direktdemokratischen Schweiz eigentlich üblich ist. Vielmehr unterzeichneten 21 Erziehungsdirektoren am 18. März 2010 eine blosser Verwaltungsvereinbarung, von der die meisten Bürger nichts erfuhren, und liessen dann im Geheimen drei Jahre lang den Lehrplan 21 schreiben.

Zuletzt ein Wort zur Bürgernähe von EDK-Präsident Christoph Eymann, der in der ZEIT vom 16.11.2015 noch konkreter wurde als in der Wiler Zeitung: «Wenn es um Lehrpläne, Lehrmittel und Stundentafeln geht, braucht es Fachleute und nicht ein Parlament. *Und schon gar nicht das Volk.*» «Eltern müssen den Lehrplan also gar nicht verstehen?» Eymann: «Sie sind nicht das Zielpublikum. Es ist heikel zu sagen: Das geht die Eltern nichts an.» ZEIT: «Aber so meinen Sie es?» Eymann: «Ein bisschen.»

Marianne Wüthrich

## Ein volksnaher Lehrplan ist gefragt

### Leserbrief

(Wiler Zeitung vom 27.04.2016)

Im St. Galler Kantonsrat war wieder einmal die relativ niedrige Maturaquote Thema. Mit einer Informationskampagne sollen mehr Jugendliche fürs Gymi gewonnen werden, so die knappe Mehrheit. Ein Votant fand, es sollte nicht nur für die Berufslehren geworben werden, sondern auch für das Gymnasium.

Solche Diskussionen setzen den Hebel am falschen Ort an. Denn das dringendste Problem ist heute nicht die fehlende Information über die verschiedenen Bildungswege, sondern die Tatsache, dass viele Schulabgänger weder die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten noch die erforderliche Lern- und Arbeitshaltung mitbringen. Sowohl in einer Lehre als auch in der Kantonsschule wird aber vorausgesetzt, dass die Kinder in der Volksschule lesen, schreiben und rechnen gelernt haben, und zwar gründlich und in einem systematischen Aufbau. Um seine Ausbildung zu bewältigen, muss der Jugendliche zudem bereit sein zu lernen, sich anleiten zu lassen und sich an Regeln zu halten (Pünktlichkeit, Anstand, Zuverlässigkeit, usw.).

Als langjährige Berufsschullehrerin empfehle ich den St. Galler Parlamentariern, ihre Aufmerksamkeit dem Lehrplan der Volksschule zu widmen. Der von der Regierung vorgesehene Lehrplan 21 würde die genannten Probleme noch verstärken. Unsere Kinder brauchen keinen Coach, der sie einen grossen Teil der Schulzeit selber pröbeln lässt, sondern eine Lehrerpersönlichkeit, welche mit der ganzen Klasse, nicht nur den sogenannten Begabten, den Schulstoff von Grund auf erarbeitet, so dass sie beim selbständigen Üben, das natürlich dazu gehört, auch verstehen, was sie da tun.

Marianne Wüthrich

---

21. 5. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

[info@lehrplan-vors-volk.ch](mailto:info@lehrplan-vors-volk.ch)

[www.lehrplan-vors-volk.ch](http://www.lehrplan-vors-volk.ch)

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5